

UB: 15.03.2019

# Grüne für eine Bürgerbefragung

**WINDKRAFT** Scharfe Kritik an den Standortgegnern

**NEU-ANSPACH** (red). „Wenn gemeinsam mit Juwi eine Bürgerbefragung durchgeführt werden soll, werden wir das in den Gremien besprechen und korrekt durchführen“, so Gudula Bohusch für die Neu-Anspacher Grünen. Deren Fraktion bedauert ausdrücklich den „überstürzt angekündigten Ausstieg“ der Süwag aus dem Windpark-Projekt in Neu-Anspach. Die Stadt habe mit Juwi und Süwag einen gültigen Vertrag für den Bau eines Windparks geschlossen und dieser solle plötzlich hinfällig sein? Der Ausstieg sei nur ein weiterer Faktor zur Steigerung der öffentlichen Verunsicherung und kein K.o.-Schlag für den Windpark. „Die fünf geplanten Windräder sind die konsequente Umsetzung von dem, was wir seit Jahren fordern. Wir sehen weiter sehr gute Chancen für den geplanten kleinen Windpark“, erklärt auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hans Bruns. Petra Gerstenberg, Mitglied im Kultur- und Sozialausschuss, erinnert an das Klimaschutzprojekt. „Bislang haben wir in Neu-Anspach den notwendigen Energiemix noch nicht erreicht“, meint Gerstenberg weiter. „Die Anspacher Wind GmbH und Co. KG. habe weiterhin das vertraglich vereinbarte Ziel, einen Windpark auf einer nach bisherigen Informationen sehr windreichen Position zu errichten, vertritt auch Diplomgeologin Sabine Botschek, Mitglied im Wirtschafts-, Planungs- und Bauausschuss, die Position der Grünen. „Wir hoffen natürlich, dass Juwi den eingeschlagenen Weg des Genehmigungsverfahrens fort-

führt.“

Laut Enno Pigge, Mitglied im Tourismus-, Umwelt-, Landwirtschafts- und Forstsausschuss, basiere die Verunsicherung der Bevölkerung „auf der aktuellen Angstkampagne, initiiert womöglich einfach aufgrund von Sorge um die bisherige Aussicht auf den hiesigen Wald von einigen wenigen“. Nach Fukushima und Tschernobyl „sind für mich leichtfertige Angstkampagnen wie jene, die hier im Taunus initiiert wurden, tatsächlich unfassbar“. Es sei ein Windpark für die Bürger geplant. „Durch Windspärbriefe oder direkte Beteiligung an einem Windrad können die Bürger vor Ort profitieren. Die Stadt habe interessierte Bürger von Anfang an umfassend informiert und Zeitpläne publiziert. Das Projekt wurde und wird von der Verwaltung sehr professionell, sehr transparent und mit viel Herzblut vorbereitet und umgesetzt. Auch die politischen Gremien wurden und werden stets über den Fortgang informiert „und natürlich in alle anstehenden Entscheidungen mit einbezogen“.

„Mit augenscheinlich großzügiger Kampagnenkasse haben es hier einige wenige Marketingstrategen geschafft, Neu-Anspacher Bürger zu instrumentalisieren. Es wird Zeit, wieder sachlichen Diskussionen den benötigten Raum zu geben“, so Hans Bruns. Die Grünen seien sich sicher, dass die Mehrheit auch nichts gegen die Windkraft im Taunus hat: „sie hat sich nur noch nicht zu Wort gemeldet oder wurde entsprechend eingeschüchtert“.